

Die Bundespost diktiert, König Kunde wird zum Teilnehmer degradiert. Denn:

# Der gelbe Gigant liebt keine Konkurrenz

HERMANN A. GRIESSER, Bonn

In der Bundestagsfraktion der CDU werden intern Überlegungen angestellt, ob es nicht an der Zeit sei, das Monopol der Post einzuschränken. Schon vor Wochen hatte sich Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth gegen einen Mißbrauch des Postmonopols gewandt. In der übernächsten Woche wird sich ein großes Symposium des Max-Planck-Instituts für Internationales Privatrecht mit den „Grenzen des Fernmeldemonopols“ befassen.

Aktueller Streitpunkt: die kürzlich erfolgte Änderung der Fernmeldeordnung. Danach soll die Bundespost allein das Recht haben, „Anschlüsse an das örtliche Breitband-Netz zu überlassen“. Sie allein soll über die Errichtung von Großantennenanlagen und die Verbreitung dort aufgenommener Rundfunk- und TV-Programme über Kabel verfügen können.

Die Kritik an der Bundespost wendet sich dabei nicht gegen die Verkabelung selbst. Sie richtet sich vielmehr dagegen, daß diese Verkabelung unter weitestgehendem Ausklammerung privater Unternehmen erfolge, ferner dagegen, daß die Bundespost bei den Großgemeinschaftsantennenanlagen praktisch selbst bestimmen könne, welche Programme eingespiselt werden und welche nicht.

Wie der „Arbeitskreis für freie Kommunikation und Information“, in dem sich Techniker der Elektroindustrie und des Elektrohandwerks zusammenschließen haben, mitteilt, hat zum Beispiel in Ulm die Bundespost Baugesellschaften und Wohnungsbau-träger schriftlich wissen lassen: „Wir behalten uns künftig vor, nur noch Gemeinschaftsantennenanlagen zu genehmigen, die ihr Empfangssignal aus diesen Anlagen beziehen.“ Das heißt, daß den Bürgern dort die Errichtung eigener Gemeinschaftsantennenanlagen unmöglich gemacht und der Anschluß an die Postkabelnetze erzwungen wurde. Damit könnte zum Beispiel Radio Luxemburg aus dem Kabelnetz nicht nur ausgaspert, sondern aus dem betreffenden Empfangsgebiet ausgeschlossen werden. Bereits 1977 war es der Post über eine Änderung der Fernmeldeordnung (Paragraf 49 a) gelungen, sich die „versuchsweise“ Errichtung „einzelner öffentlicher Kabelnetze für die Übertragung von Ton- und Fernsehsignalen zur allgemeinen Benutzung“ zuzuwenden. Jetzt möchte die Bundespost ihre alleinige Zuständigkeit nicht nur „versuchsweise“, sondern ordentlich zugesichert erhalten.

Der schleswig-holsteinische Wirtschaftsminister Westphal versuchte vergeblich, im Postverwaltungsrat wenigstens eine Vertagung der Entscheidung zu erreichen. Die Mehrheit war auf Seiten der Bundespost. Der Minister mußte froh sein, daß ihm von Bundes-



Der Bundesminister für Post und Verkehr, Kurt Geisold, verteidigt die Monopolstellung des „gelben Giganten“ zäh gegen alle Reformversuche.

FOTO: PETER MITCHELL

wirtschaftsminister Graf Lambsdorff ausdrücklich versprochen wurde, daß durch diese Novellierung „keine Vorentscheidungen über die Netzträger-schaft“ fallen sollten, und daß das Handwerk nicht gänzlich ausgeschlossen werden dürfe. „Und immerhin“, so Westphal zur WELT, „konnten wir erreichen, daß im Text des neuen 49 a nicht mehr, wie ursprünglich von der Post gewünscht, von „öffentlichen“, sondern nur von „örtlichen“ Breitbandnetzen die Rede ist.“

Der privatrechtlichen Konkurrenz soll die Bundespost, wie das Elektrohandwerk klagt, bereits mehrfach die Errichtung von Anlagen verboten haben, um sich selbst für das Geschäft zu empfehlen:

Die Stadt Friedberg nahm einen Auftrag, den sie einem privaten Handwerksbetrieb erteilt hatte, wieder zurück, nachdem die Bundespost erklärt hatte, sie werde diesem Unternehmen gewiß keine Genehmigung erteilen.

In Regensburg-Harting erfuhr die Bundespost erst durch einen vom Handwerksbetrieb gestellten Genehmigungsantrag von einem Bauvorhaben. Sie versagte die Genehmigung und machte sich zugleich selbst erbötig, die Anlage zu bauen.

Eine Firma in Hannover stellte den Genehmigungsantrag für eine flächen-deckende Kabelanlage. Die Bundespost

lehnte mit der Begründung ab, die Versorgung dieses Gebietes müsse über ein postalisches Kabelnetz erfolgen.

In Jungingen begann im September vergangenen Jahres die Bundespost damit, Straßen aufzureißen und eine Kabelerschanlage zu errichten, ohne die Stadtverwaltung zu informieren, nachdem diese einem privaten Betrieb verboten hatte, zu eben diesem Zweck Straßen aufzureißen.

## „Black Box“ oder Die große Angst vor dem kleinen Kasten

Ein Ärgernis ist auch das praktizierte Monopol der Bundespost im Bereich der Telefonversorgung, das dem Bürger bis in alle Einzelheiten vorschreibt, was er sich unter welchen Umständen wann und zu welchem Preis — meist von der Post selbst — anschaffen darf. Da darunter die technische Innovation und internationale Wettbewerbsfähigkeit leiden, wird in den Wirtschaftsministerien das im letzten Jahr von der Post geschickt abgewiegelt Projekt der „Black Box“ erneut diskutiert.

Für dieses System hat sich vor allem Ulrich Jochimsen verwandt, Vorsitzender des Instituts für Kommunikationstechnologie und Systemforschung e.V. in Bonn. „Warum“, fragt Jochimsen, „soll es nicht auch in Deutschland mög-

lich sein, daß der Privatverbraucher sein Telefongerät selbst kauft, sich seine Leitung im Haus selbst baut oder bauen läßt, von privaten Firmen, und an dieses Netz dann alle möglichen Geräte, gleichfalls auf dem privaten Markt nach eigenem Geschmack erworben, anschließt?“

Dazu soll die „Black Box“ verhelfen, „ein Hauptsicherungskasten der Post im privaten Haushalt, die Schnittstelle zwischen Privat und Öffentlich beim Fernsehmonopol“. Jochimsen: „Der Bürger muß wieder zum Kunden der Post werden, auch wo es um sein Telefon geht, nicht nur zum Teilnehmer, der sich Vorschriften unterwirft.“ Und: „Das Gebaren der Post, wie es sich heute bietet, ist skandalös. Liberalere Vorschriften sind ein dringendes Gebot der Zeit. Wer eine solche Macht hat wie die Post und sie so radikal ausnützt, kann zu anderen Zeiten und unter anderen Umständen zu einer Gefahr für die persönliche Freiheit werden.“

„Was geht es die Post, spricht: den mächtigen Staat an, ob ich mir ein Scheiben- oder ein Tastentelefon leiste, wie viele Dienste und welche Dinge ich anschließe?“ Die „Black Box“ würde, so Jochimsen und seine Verbündeten, „automatisch zu einem liberaleren System verhelfen“. „Sie ist“, definiert er, „ein taschenrechnergroßes, mit moderner Elektronik gefülltes Kästchen. Sie ist das für ein Telefon, was für die elektrische Stromversorgung zu Hause die Hauptsicherungen sind: die betriebsmäßige Trennung des Privatbereichs vom öffentlichen Stromversorgungsnetz. Von hier ab endet die Verantwortung der Bundespost.“

An die „Black Box“ kann nun jeder anschließen, was ihm für seine persönliche Nutzung am geeignetsten erscheint, neben dem Telefon etwa einen Heimcomputer, der bereits in diesem Jahr zehnt sehr verbreitet sein wird, eine Telex-Anlage, einen Fernkopierer, per Telefon fernsteuerbare Haushaltsgeräte usw.

Der gelbe Riese hat den Fortschritt mit Papierbergen und Bestimmungen zugedeckt“, sagt Jochimsen. Das sei auch einer der Gründe, warum die deutsche Elektronik-Industrie gegenüber den USA und Japan ins Hintertreffen geraten sei.

Gegen die Reformpläne wehrt sich die Bundespost mit aller Kraft. Ministerpräsident Jürgen Kanwz zur WELT: „Wenn in den Endgeräten Störungen auftrüben, könnte es zu schweren Auswirkungen auf das Gesamtnetz kommen.“ Jochimsen dagegen: „Die Black Box ist besser als die jetzt geübte Praxis der Typenprüfung durch die Bundespost, weil sie zu jedem Augenblick eine Prüfung vornimmt und für eine automatische Ausschaltung bei Störungen sorgt.“